

MARIA RAUCH-KALLAT  
BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,  
JUGEND UND FAMILIE

des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

5676 /AB

31 0100/13-IV/1/93

1994-02-02

zu 5749/J

Wien, am 24. Jänner 1994

Betrifft: Parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum  
Nationalrat Ernst Steinbach und Genossen  
betreffend Österr. Jugendkarte Euro < 26,  
Nr. 5749/J

Die Abgeordneten Ernst Steinbach und Genossen haben am 3. Dezember 1993 an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend österreichische Jugendkarte Euro > 26 folgende Anfragen gerichtet:

- "1.) Wie ist der Soll-Istvergleich bei den Stückzahlen betrachtet man die Erwartungslage, die Ihnen Ressort vom IKP bekanntgegeben wurde und die tatsächlichen Kartenbesitzer?
- 2.) Wie hoch ist der insgesamt Aufwand, sowohl bei den Entwicklungskosten, als auch bei den laufenden Kosten.
- 3.) Wie sehen sie die personelle Vermischung von Angestellten aus dem öffentlichen Bereich, wie Landesjugendreferenten, die auch im Verein Euro < 26 bzw. in der dafür gegründeten Ges.m.b.H mit Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern gekoppelte Funktionen in ihrer Dienstzeit ausüben?
- 4.) Welche Kritikpunkte wurden bei internen und externen finanziellen Kontrollen in der Periode 1992 und 1993 angebracht?
- 5.) Wie sieht bei einer Übertragung an die Ökista oder anderen die Restwertberechnung aus. Wie verhält sich dieser Wert im Vergleich zu den eingesetzten Mitteln?

6.) Wer übernimmt die Verantwortung und Sanktionierung dieser aus den vorliegenden Resultaten?"

Diese Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

A) Das Institut für Kommunikationsplanung wurde im Herbst 1990 vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie mit der Erarbeitung eines Marketingkonzepts zur Einführung einer österreichischen Jugendkarte nach dem Muster der europäischen Jugendkarten "Euro < 26" beauftragt.

Dabei wurden einer Österreichischen Jugendkarte nach dem Muster bestehender Karten (international lag der prozentuelle Verbreitungsgrad in der jugendlichen Bevölkerung zwischen zwei - in Schottland und Luxemburg - und neunzehn Prozent - Spanien) größte Marktchancen zugeschrieben. Eine empirische Studie zur Einführung einer Jugendkarte in Österreich vom Institut für Jugendforschung, welche 1 000 14- bis 24jährige junge Österreicher im ganzen Bundesgebiet befragte (Feldarbeit 27.2. - 3.4.1990) ergab, daß die Einstellung der Jugendlichen einer derartigen Karte gegenüber durchwegs positiv und die Kaufbereitschaft dementsprechend hoch ist.

Das IKP rechnete daher im Einführungsjahr mit einem Verbreitungsgrad von 3 bis 6 Prozent, das wären 42 000 bis 85 000 verkaufte Karten.

Tatsächlich verkauft wurden im ersten Geschäftsjahr 4 188 Karten.

B) Die "Euro < 26. Jugendkarte GesmbH" hatte in ihrem ersten Geschäftsjahr 1.9.1992 bis 31.8.1993 Entwicklungskosten (Vertrieb und Werbung) von öS 7,9 Mio. und laufende Kosten (Personal, Versicherungsangebot auf Karte, sonstiger Aufwand) von öS 5,9 Mio..

C)

a) Weder im Verein noch in der GesmbH der Euro < 26 Jugendkarte wurden Aufwandsentschädigungen bzw. Sitzungsgelder ausbezahlt.

b) Nachdem - mit Ausnahme der Bundesländer Steiermark und Wien - alle übrigen Bundesländer offiziell ihre Mitgliedschaft im Verein Euro < 26 Jugendkarte beantragten und auch aufgenommen wurden, wurden diese Länder durch offiziell entsandte Vertreter, zumeist den jeweiligen Landesjugendreferenten, sowohl im Verein als auch in der GesmbH vertreten.

Da es sich um offiziell entsandte Vertreter der Länder handelte, wurden diese Funktionen natürlich auch in deren Dienstzeit ausgeübt, wobei sämtliche Kosten für diese Vertretungstätigkeiten von den Ländern bezahlt wurden.

c) Einzig der Obmann des Vereines erhielt eine geringfügige Aufwandsentschädigung aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Vorstands und dies vor allem deshalb, da durch den karenzbedingten Ausfall der Geschäftsführerin und anderer personeller Probleme im Bereich der Euro < 26 Jugendkarten GesmbH eine über das normale Ausmaß hinausgehende, zeitliche Belastung beim Obmann gegeben war.

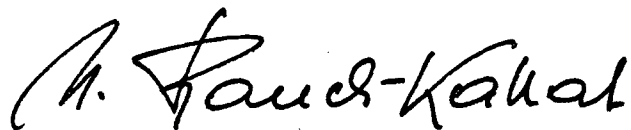
D) Die gewählten Rechnungsprüfer führten zwei Prüfungen durch (16.2.1993 und 2.11.1993), deren jeweilige Berichte einzelne Kritikpunkte auflisteten (z.B. stärkere Einbindung der Vereinsfunktionäre in die Kontrolle der laufenden Geschäfte, Lohnverrechnung und Buchhaltung soll selbe Firma durchführen, ...), aber insgesamt die Entlastung des Vorstandes für den Prüfungszeitraum beantragten.

In einer gutachtlichen Stellungnahme zur Euro < 26 aus betriebswirtschaftlicher Sicht von Univ.-Doz. Dipl.Ing. Dr. Ludwig Mochty wurde bemängelt, daß ein beträchtlicher finanzieller Aufwand für PR- und Werbezwecke disponiert wurde, ohne daß durch diese Aufwendungen eine feststellbare Auswirkung auf die Anzahl der verkauften Karten erzielt worden wäre.

Die Ursachen für die aufgezeigte wirtschaftliche Entwicklung dürfte (1) in dem gering zu erzielenden Deckungsbeitrag, (2) in der inhaltlichen Ausgestaltung des "Produkts", (3) in der für den Käufer wenig transparenten "Identität" der hinter Euro < 26 stehenden Institutionen und (4) in der Effizienz der Verkaufsstellen zu suchen sein.

E)Die Restwertberechnung ergibt sich aus einer vom ho. Ressort beauftragten Unternehmenswertanalyse durch die SOT Süd-Ost Treuhand, die am 2.11.1993 abgeschlossen wurde. Der sich dabei ergebende Unternehmenswert wird dem Verein Euro < 26 durch den Käufer (ÖKISTA) abgegolten.

F)Die Verantwortung und Sanktionierung wird von den gesetzlich und statutarisch vorgesehenen Organen des Vereines und der GesmbH getragen.



An den  
Herrn Präsidenten des Nationalrats  
Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien